

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Geschäftsbesorgung 3 Mk. Die Geschäftsstelle befindet sich in Wilsdruff, Markt 1. Fernsprechnummer: Amt Wilsdruff Nr. 6. Fernsprechnummer: Amt Wilsdruff Nr. 6. Fernsprechnummer: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Thorandt, Finanzamts Roffen.

Nr. 35. — 86. Jahrgang.

Telegr.-Nr.: „Wilsdruff“

Wilsdruff - Dresden

Postfach: Dresden 2040

Freitag den 11. Februar 1927

Neue Fernsprechordnung.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost beschloß am Donnerstag mit der neuen Fernsprechordnung, nach der die Ortsgesprächgebühren einheitlich auf 10 Pfennig festgesetzt wird. Für die Fernsprechteilnehmer wird die Grundgebühr zwischen drei und acht Mark liegen. Jeder Teilnehmer hat mindestens 20—40 Ortsgespräche zu bezahlen. In den Ferngesprächen tritt eine Gebührenherabsetzung ein. Im Fernverkehr werden die Gebührenhöhe auf Entfernungen von 15—75 Kilometer von 45, 90 und 120 Pf. auf 40, 70 und 90 Pf. herabgesetzt. Die weiteren vom Arbeitsausschuß gebilligten Gebührenermäßigungen (Berechnung aller Ferngespräche von mehr als 3 Min. Dauer nach Einzelmünuten, Herabsetzung der Ferngesprächgebühren in der Zeit von 7 Uhr abends bis 8 Uhr vormittags auf zwei Drittel, Ermäßigung der Herabsetzungsgebühren auf 40 Pf. und der Gebühr für Benutzung der öffentlichen Sprechstellen von 15 auf 10 Pf. und eine Reihe anderer Gebührenermäßigungen) fanden auch die Zustimmung der Vollversammlung des Verwaltungsrats. Im Sprechverkehr der Großstädte mit den benachbarten Ortsnetzen sollen Gebührenermäßigungen geschaffen werden. Hierbei wurden Hamburg und Berlin hinsichtlich des Anfangs der Vergünstigung gleichgestellt. Die neuen Gebühren treten am 1. Mai in Kraft.

Die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches müssen zu diesen neuen Tarifvorschlüssen ihre Zustimmung geben, bevor sie Gesetzeskraft erhalten.

Aufgaben der Post.

Der neue Reichspostminister hat eine etwas zweifelhafte Erbschaft angetreten, weil er nämlich sein Amt zu einer Zeit übernehmen mußte, da wir mitten in einer Neuordnung der Fernsprechgebühren stehen. Darüber hinaus ist aber die Reichspost überhaupt in einem Stadium der Entwicklung, wo finanzielle Fragen schwerwiegendster Art überall auftauchen. Im Verwaltungsrat der Reichspost, der soeben zu einer Sitzung zusammengetreten war, entwickelte der neue Postminister Dr. Schögel sein Programm und konnte darauf hinweisen, daß es seinem Amtsvorgänger, Herrn Dr. Stängel, gelungen sei, nicht bloß eine Befestigung der Verwaltung herbeizuführen, sondern vor allem die Reichspost wirtschaftlich einzustellen als ein Instrument des Verkehrs. Der neue Minister will in diesen Bahnen weitergehen, ist sich aber darüber klar, daß nicht bloß die Wirtschaft, sondern auch die Finanzlage des Reiches dabei gewisse Grenzen setzt.

Die einzelnen Zweige der Reichspostverwaltung — diese ist ja in der erfreulichen Lage, ein Monopol zu sein, also von einem Wettbewerb nicht bedrückt zu werden — sind natürlich von verschiedener Ertragsfähigkeit. Des weiteren aber sind diese verschiedenen Zweige hinsichtlich ihres Ertrages auch voneinander abhängig. Man denke z. B. daran, daß der schriftliche Verkehr des Publikums untereinander wesentlich beeinflusst wird von der Möglichkeit mündlicher Verständigung, also durch den Fernsprecher. Das eine drückt auf das andere. Ist die telephonische Verständigung im Ortsverkehr billiger und schneller als der schriftliche Verkehr, so wird sich das in einem starken Zurückgehen des letzteren äußern. Diese Möglichkeit ergibt sich aber ohne weiteres aus der ständigen Steigerung des Fernsprechverkehrs, die andererseits der finanziellen Ertragsfähigkeit eines schriftlichen Verkehrs schwere Wunden schlägt, diesen vielleicht sogar soweit abzweckt, daß sich eine Unterbilanz dabei herausstellt. Daher das Bemühen des jetzigen und des früheren Reichspostministers, ein Gleichgewicht herzustellen, bei dem die Post keinen Schaden leidet.

Vielleicht aber wird es Aufgabe des neuen Reichspostministers sein, seine Aufgaben in ihrer Gesamtheit zu beurteilen und zu behandeln. Das würde bedeuten, daß er auf diesem oder jenem Sondergebiet einen Verlust hinnimmt, weil er auf einem anderen Gebiet durch Nebeneinnahmen gedeckt wird. Die deutsche Wirtschaft sträubt sich vor allem dagegen, daß der Monopolcharakter der Reichspost ausgenutzt wird zur Erreichung großer Einnahmen, also übermäßig auf Ausnutzung eingestellt wird. Die Post hat in vielen Betätigungszweigen dem Verkehr zu dienen, aber ihn nicht als mildebeutende Kuh zu betrachten. Modernisierung und schnellste Beachtung aller technischen Neuerungen und Erfindungen wird es verhindern können, daß hierbei eine Verlustwirtschaft eintritt. Die Reichspost selbst hat bewiesen, daß sie gewillt ist, auf diesem Wege vorwärtszugehen, aus einigen Zweigen ihres Betriebes das herauszuholen, was sie aus anderen verliert. Es mag hierbei erinnert werden an die gewaltige Ausdehnung, die der Postkraftwagenbetrieb in den letzten Jahren erhalten hat und noch ständig erfährt. Funkverkehr und Rundfunk geben weitere Ausdehnungsmöglichkeiten und — bei einer ansteigenden Linie des deutschen Wirtschaftslebens, die wir so alle erhoffen, gilt auch für die Reichspost der kaufmännische Grundsatz, daß große finanzielle Erfolge nicht von großem Umsatz unter großem Nutzen erzielt werden, sondern, daß der kleine Nutzen es hier ist, der den großen Umsatz und damit den großen finanziellen Erfolge verursacht.

Die deutsch-polnische Spannung

Kabinettsberatung über die deutsch-polnischen Schwierigkeiten.

Verbot deutscher Zeitungen in Ostoberschlesien.

Der zwischen Deutschland und Polen bestehende Konflikt tritt nunmehr in ein akutes Stadium. Am Freitag wird sich die Reichsregierung mit der Frage beschäftigen, ob angesichts der dauernden Ausweisungen aus Polen, die noch immer anhalten, es überhaupt einen Zweck hat, über die Frage des Niederlassungsrechts weiter zu verhandeln. Wenn nicht noch im letzten Augenblick Polen seine Politik Deutschland gegenüber ändert und vor allem die von Deutschland verlangte Aufenthaltsgenehmigung für die vier ausgewiesenen deutschen Beamten aus Ostoberschlesien verlängert, wird sowohl in Berlin als auch in Warschau den zuständigen polnischen Stellen die Zwecklosigkeit weiterer Verhandlungen mitgeteilt werden.

In Berliner politischen Kreisen berührt es eigenartig, daß die Polen ihre unverständlichen Ausweisungsdekrete erst erlassen haben, nachdem die Verhandlungen über die deutschen Ostbesetzungen zum Abschluß gekommen waren. Mit wem schlechtem Gewissen Polen der jetzt eingetretenen Lage gegenübersteht, kann man daraus ersehen, daß die drei deutschen Zeitungen Ostoberschlesiens, die „Kattowitzer Zeitung“, der „Oberschlesische Kurier“ und „Der Volkswille“ auf Anordnung der Polizeidirektion Kattowitz verboten worden sind, da diese drei Blätter über den Stand der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen berichtet haben, wobei in Übereinstimmung mit den in Deutschland erscheinenden Zeitungen darauf hingewiesen wurde, daß die Ausweisung Deutscher aus Ostoberschlesien die deutsch-polnischen Verhandlungen ungünstig beeinflusst hätten.

Die polnische Regierung will durch ein längeres amtliches Kommissariat namentlich im Auslande den Eindruck erwecken, daß dem Vorgehen der deutschen Regierung eine besondere politische Tendenz zugrunde liege. In diesem Kommissariat behauptet sie, daß den ausgewiesenen deutschen Beamten nur eine beschränkte Aufenthaltserlaubnis zugestanden worden sei und daß die deutsche Reichsregierung auch bei der Rückkehr der polnischen Arbeiter aus Deutschland die gleichen Grundsätze wie die polnische Regierung befolgt. Demgegenüber wird von deutscher offizieller Seite festgestellt, daß die Nichtverlängerung der Aufenthaltserlaubnis der deutschen Beamten sachungswidrig durchgeführt worden sei und daß der Vergleich mit den Wanderarbeitern, denen im Prinzip die Möglichkeit der Wiedereintritte nach Deutschland offensteht, völlig abwegig sei.

Sollten die deutsch-polnischen Verhandlungen jetzt wieder abgebrochen werden, so würde gegenüber dem jetzigen Zustand kein neuer Fall eintreten, da der Zollkrieg zwischen beiden Ländern an sich schon besteht und dann eben weitergehen würde.

Die Reichsregierung klagt in der Chorzowangelegenheit.

Schadenersatzleistung von 75 Millionen Goldmark.

Beim Ständigen Internationalen Gerichtshof in Haag ist eine neue Klage der deutschen Regierung gegen die polnische Regierung eingegangen. Diese Klage beruht auf der Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes vom 25. Mai 1926 in der Angelegenheit der Stillstände von Chorzow. Da in dieser Entscheidung seinerzeit ausgesprochen worden war, daß die Haltung der polnischen Regierung gegenüber den Eigentümern der Fabriken von Chorzow im Widerspruch mit den Bestimmungen der Genfer Konvention stehe, und da ferner die von Deutschland eingeleiteten diplomatischen Verhandlungen mit Polen infolge der ablehnenden Haltung der polnischen Regierung zu keinem Ergebnis geführt haben, ersucht nunmehr die deutsche Regierung in ihrer neuen Klageschrift den Internationalen Gerichtshof, eine Ent-

scheidung zu erlassen, daß die polnische Regierung den betroffenen deutschen Unternehmungen (den Aktiengesellschaften Oberschlesische Stickstoffwerke und Bayerische Stickstoffwerke) Schadenersatzleistungen zu bezahlen soll, deren Gesamthöhe etwa 75 Millionen Goldmark betragen müsse.

Das Zentrum und Dr. Wirth.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Berlin, 10. Februar. Wie die Telegraphen-Union erzählt, hat der Vorstand der Zentrumsfraktion heute der Fraktion folgenden von ihm gefaßten Beschluß vorgelegt: „Unter Hinweis auf Paragraph 8 der Richtlinien für die politische und parlamentarische Arbeit hat der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstages beauftragt, daß Herr Dr. Wirth sich bei der Abstimmung vom 5. Februar von der Fraktion getrennt und mit nein gestimmt hat.“ Die Zentrumsfraktion hat diesem Beschluß des Vorstandes einstimmig zugestimmt. Abgeordneter Dr. Wirth hat an der Fraktionsstimmung nicht teilgenommen.

Amerika wünscht die Einberufung einer Seerüstungskonferenz.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Berlin, 10. Februar. Präsident Coolidge teilte heute dem Kongress mit, daß die amerikanische Regierung in Tokio, London, Paris und Rom ein Memorandum habe überreichen lassen, indem um die Einberufung einer See-Rüstungskonferenz gebeten wird. Zur Begründung führt Coolidge an, daß die Genfer Besprechungen keine positiven Formen annahmen. Es müsse gefordert werden, daß eine wirkliche Entwaffnungskonferenz zustande komme.

Chamberlain über Englands Chinapolitik.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

London, 11. Februar. Im Verlaufe der gestrigen Debatte im Unterhause gab Chamberlain eine eingehende Erklärung über die Stellungnahme der britischen Regierung zu den Ereignissen in China ab. Er stellte fest, daß die Besprechungen in Peking einen Punkt erreicht hätten, in dem ein Übereinkommen zwischen der Kanton- und der englischen Regierung erreicht worden sei. Die wichtigste Bestimmung des Übereinkommens sei die, wonach die Konzession einem britischen Stadtrat zurückgegeben werden solle, welcher von allen Steuerzahlern gewählt werden würde. Die chinesischen Staatsbürger würden dieselben Rechte wie die Engländer erhalten. Die Kantonregierung habe erklärt, daß die noch ausstehenden Fragen zwischen dem nationalen China und den fremden Mächten durch Verhandlungen und Übereinkommen geregelt werden würden. Die nationale Regierung Chinas sei bereit, keinerlei Gewalt zu gebrauchen, um eine Änderung im Status der Konzessionen und Niederlassungen herbeizuführen. Bezüglich der Entsendung von Truppen erklärte Chamberlain, daß die englische Regierung die Sicherheit für das Leben ihrer Staatsbürger nicht außer acht lassen dürfe. Im übrigen sei die britische Regierung bemüht, den Außenminister der Kantonregierung zuzurufen zu stellen und Mißverständnisse zu beseitigen. Etwas genaueres über die Zukunft auszusagen sei er jedoch nicht imstande und das Schicksal der Verhandlungen sei ungewiß. Er hoffe, daß das chinesische Volk einsehen werde, daß England keine feindlichen Absichten gegen China habe und nicht beabsichtige, China in einem Zustand der Unterwerfung zu halten. Er hoffe, daß China sich so entwickeln werde, daß es alle Verpflichtungen einer zivilisierten Regierung gegenüber den im Lande lebenden Ausländern zu erfüllen imstande sein werde und so eine Aufhebung der Bevormundung ermöglichte, die so schwer erträglich sei.

Abnahme von Fingerabdrücken.

Die neuen behördlichen Bestimmungen.

Vom 1. März dieses Jahres ab wird das Fingerabdruckverfahren im gesamten deutschen Staatsgebiet nach Bestimmungen gehandhabt werden, die der preussische Minister des Innern soeben in einem Rundschreiben bekanntgibt. Die umfangreichen Ausführungen des Erlasses bestimmen, daß Fingerabdrücke zu entnehmen sind:

1. Von den Personen, die wegen der Art der Verbrechen oder Vergehen, deren sie verdächtig oder wegen deren sie früher verurteilt sind, oder wegen der Wahrscheinlichkeit des Rückfalls als Gewohnheits- oder gewerbsmäßige Verbrecher zu erachten sind, oder bei denen Tatsachen vorliegen, die vermuten lassen, daß sie Gewohnheits- oder gewerbsmäßige Verbrecher

Der Monopolcharakter der Reichspost schließt also nicht bloß Rechte, sondern auch Pflichten in sich. Der Gründer der deutschen Reichspost, Staatssekretär Stephan, war tief von dem Grundgedanken durchdrungen, daß eine größtmögliche Ausdehnung des Postbetriebes in allen seinen Zweigen verbunden sein müsse mit einer größtmöglichen Verbilligung der Postverkehrrmittel, weil daraus erst der finanzielle Erfolg erwachse. Manche seiner Nachfolger sind von diesem Grundgedanken abgewichen, das geschah niemals zum Vorteil der Post. Nach den Schwierigkeiten der Nachkriegszeit ist man aber von neuem daran gegangen, diesen Gedanken zu verwirklichen, und es ist zu begrüßen, daß der neue Reichspostminister auf diesem Wege fortschreiten will.